

Boss, Alfred; Flemig, Günter; Soltwedel, Rüdiger; Walter, Norbert

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: aufwärts mit Pausen

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy (IfW)

Suggested Citation: Boss, Alfred; Flemig, Günter; Soltwedel, Rüdiger; Walter, Norbert (1977) :
Bundesrepublik Deutschland: aufwärts mit Pausen, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652,
Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 19-34

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/3161>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Aufwärts mit Pausen

Von Alfred Boss, Günter Flemig, Rüdiger Soltwedel und Norbert Walter

1. Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den vergangenen acht Quartalen war durch einen häufigen Tempowechsel gekennzeichnet. Dem steilen Anstieg des realen Sozialprodukts im Winter 1975/76 folgte die Sommerpause 1976, der kräftigen Belebung zum Jahresende 1976 (Jahresrate 6 vH) die langsamere Gangart der Konjunktur im ersten Quartal 1977 (Jahresrate 4 vH). Im zweiten Vierteljahr dürfte sich das Tempo wieder beschleunigt haben.

2. Die tragenden Kräfte des Aufschwungs blieben der private Verbrauch und der Export. Retardierend wirkten dagegen die staatlichen Ausgaben für Güter und Dienste. Die Investitionstätigkeit entwickelte sich im Durchschnitt der letzten zwei Jahre – mit einer Jahresrate von rd. 7 vH – besser, als man angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung und der Stimmungslage erwartet hatte. Ihr Verlauf freilich war vor allem durch den Fristablauf für fiskalpolitische Maßnahmen geprägt.

3. Die Aussichten, daß sich der Konjunkturaufschwung fortsetzt, sind in der letzten Zeit gestiegen. Zwar dürfte das Tempo des Aufschwungs durch die Lohnabschlüsse in der gewerblichen Wirtschaft beeinträchtigt werden, aber insgesamt haben sich die Absatzchancen für die deutsche Wirtschaft eher verbessert; so hat sich die Konjunktur in den Vereinigten Staaten anhaltend positiv entwickelt, und die Abschwächung der Produktions- und Nachfrageentwicklung in wichtigen europäischen Partnerstaaten fiel nicht so stark aus wie befürchtet. Fiskal- und Geldpolitik sind zudem nunmehr bemüht, der wirtschaftlichen Entwicklung weitere Impulse zu geben.

4. Der relativ mäßige Konjunkturfortschritt wird es erleichtern, weiterhin dem Ziel der Preisstabilität näherzukommen; dies gilt es durch die frühzeitige Bekanntgabe eines stabilitätsorientierten Geldmengenziels für 1978 zu sichern. Freilich impliziert der mäßige Aufwärtstrend eine nur allmähliche Verminderung der Arbeitslosigkeit. Deshalb sind vielfältige Anstrengungen zur Lösung des Arbeitsmarktproblems notwendig. Bei der Auswahl der Maßnahmen sollten diejenigen den Vorzug erhalten, die das Arbeitsangebot nicht verringern, sondern den Wachstumsspielraum erhöhen und damit auf längere Sicht mögliche Realloohnerhöhungen nicht beschneiden.

Privater Verbrauch nimmt verstärkt zu

5. Die Expansion des realen privaten Verbrauchs setzte sich nach der Jahreswende 1976/77 fort, wenn es auch bislang noch nicht zu einer beständigen, kräftig aufwärtsgerichteten Entwicklung gekommen ist. Die Einzelhandelsumsätze – im Januar und Februar noch recht schwach – erhöhten sich im März ungewöhnlich kräftig. Die Verbrauchsneigung war insgesamt so stark, daß die Sparquote trotz eines anhaltenden Anstiegs der verfügbaren Einkommen leicht rückläufig war.

Im Vordergrund des Interesses stehen nach wie vor Kraftfahrzeuge, deren Käufe nun schon seit Monaten auf Rekordniveau liegen. Auch elektrische Haushaltsgeräte und andere

langlebige Gebrauchsgüter werden bevorzugt angeschafft. Nach der Überwindung des Tiefpunkts im Wohnungsbau haben zudem die Käufe von Hausrat wieder zugenommen.

6. Der anhaltende Anstieg der verfügbaren Einkommen und der weiterhin gedämpfte Preisanstieg dürften die Basis für eine Fortsetzung der Expansion des realen privaten Verbrauchs sein. Zusätzliche Impulse werden – wie schon zu Beginn des Jahres – von der Freigabe gebundener Spareinlagen ausgehen. Dabei ist anzunehmen, daß die privaten Haushalte diese zusätzliche Kaufkraft nicht stoßweise unmittelbar nach Freigabe zur Jahresmitte, sondern eher kontinuierlich, d.h. zum Teil auch erst 1978, zu Verbrauchszwecken verwenden werden.

Eine weitere Besserung der Beschäftigungslage und Lohnerhöhungen, die 1978 ähnlich hoch sein dürften wie 1977, werden zu einer weiter steigenden Verbrauchsbereitschaft und anhaltender Einkommensexpansion führen, die auch für 1978 einen Anstieg des privaten Verbrauchs in der Größenordnung von 4 vH erwarten lassen.

Weiterhin unstetiger Investitionsaufschwung

7. Die Beurteilung der Investitionstätigkeit im Verlauf dieses Aufschwungs fällt sehr schwer. Dies gilt nicht nur wegen der Wirkungen der verschiedenen finanzpolitischen Maßnahmen, sondern auch stärker als je zuvor wegen der Unzuverlässigkeit der Statistik der Investitionstätigkeit und der Investitionsnachfrage. Die Ausrichtung des eigenen Urteils an solchen vorläufigen Zahlen war in der jüngsten Vergangenheit weniger sinnvoll als die Orientierung an einer plausiblen Hypothese über das Investitionsverhalten.

8. Das Auf und Ab des wirtschaftlichen Erholungsprozesses findet sich verstärkt in der Investitionstätigkeit wieder: Dem steilen Anstieg im Winter 1975/76 folgte eine ausgeprägte Sommerpause; der kräftigen Investitionszunahme im letzten Quartal 1976 eine abgeschwächte Investitionsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 1977: Die Inlandsumsätze der Investitionsgüterindustrie lagen geringfügig unter dem kräftig erhöhten Niveau der Vormonate; auch die Einfuhr von Investitionsgütern hat spürbar an Dynamik verloren (Schaubild 1).

9. Die inländischen Auftragseingänge bei der Investitionsgüterindustrie waren dem Volumen nach in den ersten Monaten des Jahres 1977 vom recht hohen Niveau des letzten Quartals 1976 abgesackt und steigen erst seit dem Frühjahr wieder leicht an. Dennoch liegt ihr Niveau noch unerwartet niedrig. Dies ist aber in erster Linie vermutlich auf die Umstellung der Statistik zurückzuführen, haben sich doch im Vergleich zum Herbst 1976 einige relevante Rahmendaten für die Investitionstätigkeit verbessert:

- Das gesunkene Zinsniveau verringert die Attraktivität der Investition in Finanzaktiva und begünstigt die Investition in Sachkapital.
- Die Auslandskonjunktur verläuft eher besser, als noch im Herbst erwartet worden war, und festigt daher die Absatzerwartungen der Unternehmen auf den Weltmärkten.
- Die beschleunigte Zunahme des privaten Verbrauchs stabilisiert auch die inländischen Absatzerwartungen.

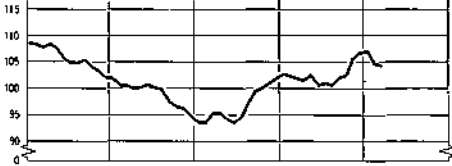
10. Wenn die Unternehmen noch immer nicht zügig investieren, so ist zu vermuten, daß dies an den relativ hohen Lohnabschlüssen in der gewerblichen Wirtschaft für 1977 liegt. Diese Kostensteigerungen und die daraus abgeleitete Erwartung, daß die Besserung der Verteilungsrelation zugunsten der Gewinne schon zu Ende sei, haben bei den Unternehmern Zweifel darüber entstehen lassen, ob sich angesichts des Stabilisierungskurses der Bundes-

Schaubild 1

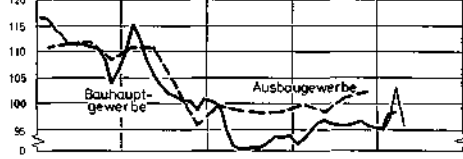
ZUR ENTWICKLUNG DER ANLAGEINVESTITIONEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND^a

1970 = 100

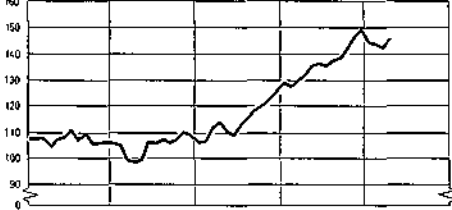
REALE INLANDSUMSÄTZE DES INVESTITIONSGÜTER
PRODUZIERENDEN GEWERBES



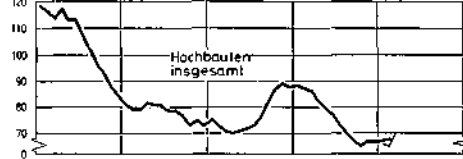
PRODUKTION IM BAUGEWERBE



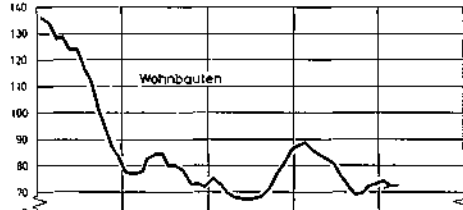
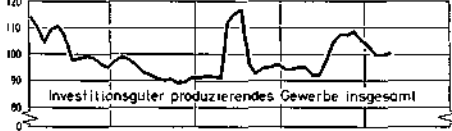
REALE EINFUHR VON INVESTITIONSGÜTERN



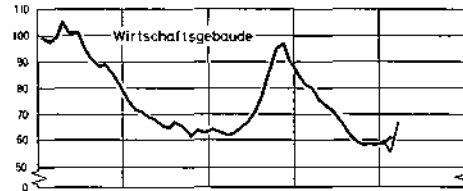
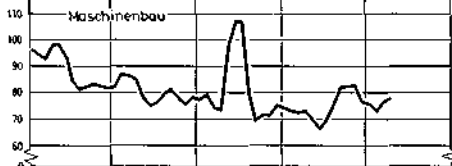
BAUGENEHMIGUNGEN (m³ umbauter Raum)



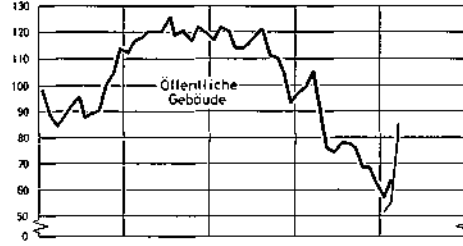
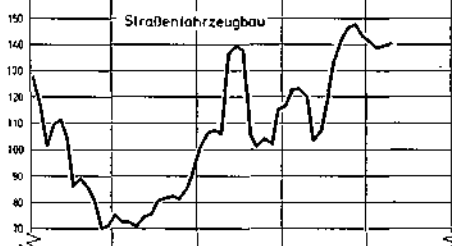
REALE INLANDSAUFTRÄGE



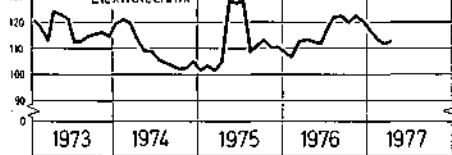
Maschinenbau



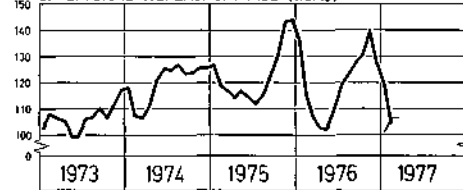
Straßenfahrzeugbau



Elektrotechnik



ÖFFENTLICHE TIEFBAUAUFTRÄGE (Werte)



^a Saisonbereinigte Werte, glatte Dreimonatsdurchschnitte

bank verstärkte Investitionsanstrengungen lohnen. Einem Investitionsaufschwung auf breiter Front stehen zudem strukturelle Schwierigkeiten in einigen Branchen entgegen¹.

Allerdings dürften partiell auftretende Kapazitätsengpässe, die günstigen Finanzierungsbedingungen sowie verbesserte Nachfrageerwartungen die Investitionstätigkeit im Verlauf dieses Jahres vorantreiben. Insgesamt wird das Vorjahrsniveau um rd. 6 vH übertroffen werden. Im Verlauf des Jahres 1978 wird sich die Expansion wegen des sich dann abflachenden Konjunkturaufschwungs auch in wichtigen Partnerländern wieder verlangsamen. Der relativ hohe Überhang am Jahresbeginn wird freilich dazu führen, daß die Zunahme gegenüber 1977 reichlich 8 vH betragen wird.

Schwache Bautätigkeit

11. Die Entwicklung der Bautätigkeit ist weitgehend durch die Terminierung der Förderungsprogramme bestimmt. Vor allem im Wirtschaftsbau trägt die Fertigstellungsfrist für Bauvorhaben zu beschleunigter Aktivität bis zur Jahresmitte 1977 bei. Bis dahin werden deshalb die realen Bauinvestitionen auch insgesamt merklich zunehmen.

Danach wird sich allerdings als Folge des drastischen Nachfragerückgangs während des vergangenen Jahres eine spürbare Verlangsamung des Produktionsanstiegs ergeben. Die ausgeprägte Besserung der Nachfrageentwicklung im gewerblichen Bau seit der Jahreswende und die wegen der günstigen Finanzierungsbedingungen bald zu erwartende Belebung auch im privaten Wohnungsbau werden allerdings verhindern, daß es zu einem Rückgang der Bauinvestitionen im zweiten Halbjahr kommen wird. Stabilisierend dürfte auch die Fortführung des Regionalförderungsprogrammes im Wohnungsbau wirken. Vom Programm für Zukunftsinvestitionen werden indes erst im nächsten Jahr wesentliche Produktionswirkungen zu erwarten sein. Zusammen mit der verstärkten privaten Baunachfrage wird dies zu einer Beschleunigung der Bautätigkeit führen.

Erneut lebhaftere Zunahme der Ausfuhr

12. Nach einer vorübergehenden Abschwächung nahm die reale Warenausfuhr seit Jahresbeginn 1977 wieder lebhaft zu. Die laufende Jahresrate lag bei über 10 vH. Damit erwies sich der Export wieder als eine starke Antriebskraft für den Konjunkturaufschwung (Schaubild 2).

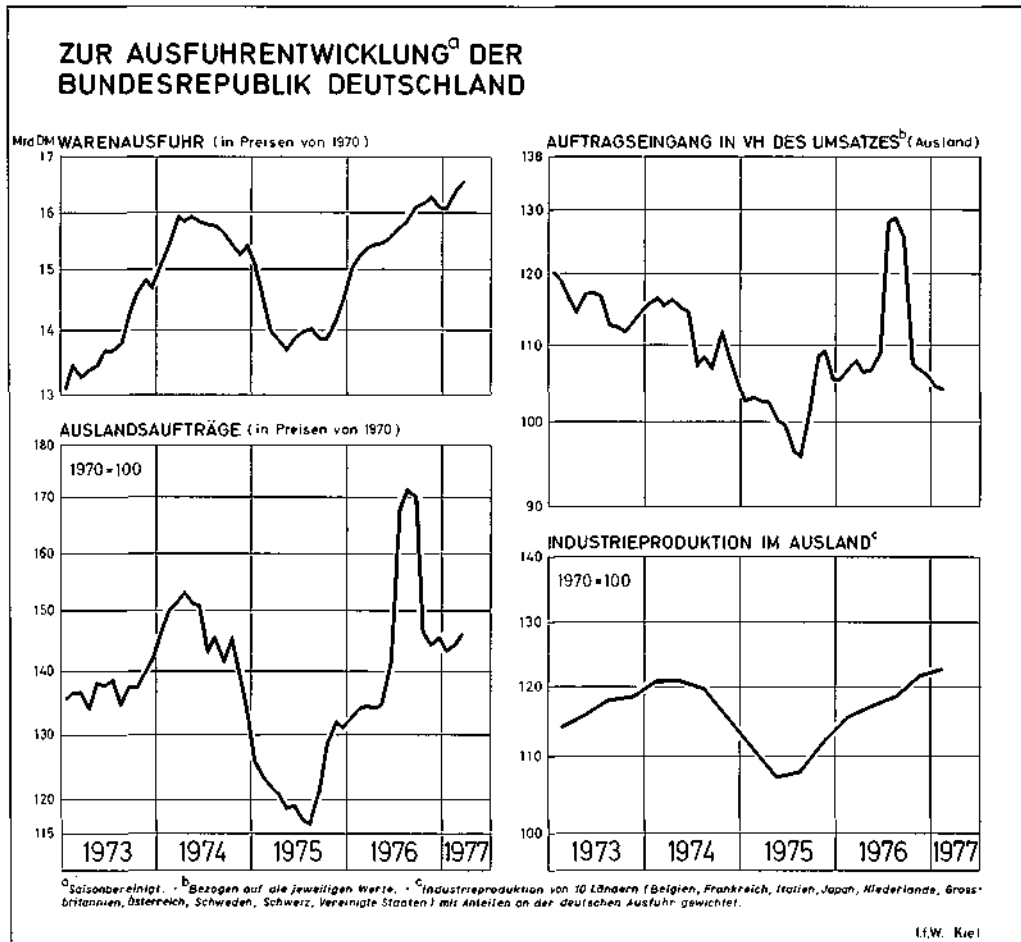
Insbesondere die Lieferungen in die westlichen Industrieländer expandierten rasch. Die Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs in diesen Ländern führte zu vermehrten Investitionsgüterkäufen und zu verstärkten Bezügen von Erzeugnissen der Grundstoffindustrie. Die Ausfuhr nach Entwicklungsländern, nach den OPEC-Ländern und nach den Staatshandelsländern expandierte in nur mäßigem Tempo.

13. Die Auftragseingänge aus dem Ausland steigen seit Jahresbeginn wieder deutlich an. Der Rückgang im Januar ist vermutlich auf die Umstellung der Statistik zurückzuführen; die Auslandsumsätze zeigen einen ähnlichen Niveausprung, nicht aber die Ausfuhrlieferungen (diese Statistik wurde nicht umgestellt). Die Auftragsbestände im Auslandsgeschäft haben sich bis zuletzt weiter erhöht. Neben der Investitionsgüterindustrie verzeichnete auch die Grundstoffindustrie wieder einen lebhaften Ordereingang aus dem Ausland.

14. Die verhaltene, in der Grundtendenz aber weiterhin aufwärtsgerichtete Konjunktorentwicklung in den westlichen Industrieländern spricht dafür, daß Auslandsnachfrage und

¹ G. Fels, Das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit. In: Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. (Kieler Diskussionsbeiträge, 49.) Kiel, Januar 1977. - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1976/77, Bundestagsdrucksache 7/5902 v. 25.11.76, Tz 289-297.

Schaubild 2



deutsche Exportlieferungen weiterhin deutlich zunehmen werden. Die Exporte dürften selbst dann beschleunigt expandieren, wenn sich in einigen Industrieländern aus internen Anpassungsschwierigkeiten eine Unterbrechung des Konjunkturaufschwungs einstellen sollte, ist doch angesichts steigender Rohstoff- und Erdölpreise, steigender Weltnachfrage nach Rohstoffen und nach Überwindung von Anlaufschwierigkeiten bei den neuen 5-Jahres-Plänen in den Staatshandelsländern mit verstärkter Nachfrage aus den Entwicklungsländern und den Staatshandelsländern zu rechnen.

Auch über das Jahresende 1977 hinaus ist mit einer anhaltenden Expansion der deutschen Warenausfuhr zu rechnen. Angesichts der erwarteten Verlangsamung der Aufwärtsentwicklung in einigen wichtigen Industrieländern ist die Zunahme freilich etwas niedriger anzusetzen als im laufenden Jahr.

Die Einfuhr folgt der Produktionsentwicklung

15. Ähnlich wie der Produktionsanstieg schwächte sich in den Wintermonaten die Zunahme der realen Wareneinfuhr ab. Akzentuiert wurde diese Entwicklung noch durch Lagerbewe-

Tabelle 1 – Komponenten des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland
1973–1978 – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH –

	1973	1974	1975	1976	1977 ¹	1978 ¹
Verwendung						
in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	9,8	7,3	8,9	8,2	9	9
Staatsverbrauch	15,7	16,4	10,6	6,2	7	8
Ausrüstungsinvestitionen	3,9	– 4,1	7,7	11,1	10	14
Bauinvestitionen	5,9	– 4,0	– 5,5	7,0	7½	10
Vorratsveränderung						
(Mrd. DM)	(+ 7,20)	(+ 5,50)	(– 2,60)	(+ 13,40)	(+ 19)	(+ 17)
Ausfuhr	17,1	28,6	– 1,5	14,0	11½	13
Einfuhr	12,6	25,4	4,3	16,6	12½	13
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+ 29,08)	(+ 43,44)	(+ 29,15)	(+ 27,05)	(+ 27½)	(+ 27)
Bruttosozialprodukt	11,2	7,3	4,4	9,0	9	9
Verwendung						
in Preisen von 1970						
Privater Verbrauch	4,8	0,3	2,5	3,6	5	4
Staatsverbrauch	5,5	4,3	3,8	2,6	2	2
Ausrüstungsinvestitionen	0,8	– 10,2	0,4	7,3	6	8
Bauinvestitionen	– 0,2	– 9,8	– 6,9	3,7	3	4
Vorratsveränderung						
(Mrd. DM)	(+ 6,10)	(+ 4,40)	(– 2,00)	(+ 9,40)	(+ 13½)	(+ 13)
Ausfuhr	11,5	11,8	– 6,9	11,8	8	10
Einfuhr	3,1	3,6	3,5	11,0	9	9
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+ 25,90)	(+ 42,59)	(+ 21,85)	(+ 25,93)	(+ 26)	(+ 27)
Bruttosozialprodukt	4,9	0,4	– 2,5	5,7	4½	4
Preisniveau des Sozialprodukts						
(1970 = 100)						
Privater Verbrauch	4,8	7,0	6,2	4,4	4	4
Ausrüstungsinvestitionen	3,1	6,8	7,3	3,5	4	5
Bauinvestitionen	6,1	6,4	1,5	3,2	4½	5
Ausfuhr	5,0	15,0	5,8	2,0	3	3
Einfuhr	9,2	21,0	0,8	5,0	3	3
Bruttosozialprodukte	6,0	6,9	7,1	3,1	4	5
Einkommensverteilung						
Volkseinkommen	11,7	7,1	3,8	9,4	9	9
Bruttoeinkommen aus						
Unternehmertätigkeit						
und Vermögen	7,5	0,1	2,9	14,9	9	8
Bruttoeinkommen aus						
unselbständiger Arbeit	13,5	10,1	4,1	7,3	9	9
dito in vH des						
Volkseinkommens	70,7	72,6	72,8	71,4	71½	71½
Lohnkosten je						
Produkteinheit ²	7,8	9,5	7,0	1,3	4	4

¹ Geschätzt. – ² Bruttoeinkommen je Beschäftigten bezogen auf Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden), „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Mainz, 1977, H. 4.
– Eigene Schätzungen.

gungen: Die Einfuhr von Ernährungsgütern war im dritten Quartal 1976 im Hinblick auf befürchtete Produktionsausfälle infolge der Dürre offensichtlich übersteigert worden; in Erwartung der Preiserhöhung zur Jahreswende 1976/77 war es bei Mineralöl zu einer Bevorratung mit entsprechender Reaktion in den Wintermonaten gekommen.

16. Nach dem Wegfall der Sondereinflüsse und mit einer wieder etwas kräftiger steigenden inländischen Industrieproduktion wird sich das Tempo der Einfuhrzunahme bei industriellen Vorprodukten in den kommenden Monaten verstärken. Dabei werden erneut Lageraufstockungen eine Rolle spielen, da zusätzlicher Bedarf und niedrige Zinsen die Lagerbildung begünstigen.

Die etwas lebhaftere Zunahme der inländischen Investitions- und Verbrauchsnachfrage dürfte sich auch auf die Einfuhr von Fertigwaren auswirken. Da die Liefermöglichkeiten ausländischer Anbieter angesichts unausgenutzter Kapazitäten vorerst kaum begrenzt sind, wird sich das Tempo der Einfuhrexpansion bei Fertigwaren sogar noch weiter verstärken.

Aufschwung setzt sich fort

17. Die Zunahme des Sozialprodukts, die seit Beginn des Aufschwungs ständig starken Schwankungen unterliegt, hat sich nach der Beschleunigung gegen Jahresende 1976 wieder auf 4 bis 5 vH abgeschwächt. Die Kapazitätsauslastung nimmt damit nur noch wenig zu. Die Industrieproduktion, schon im vierten Quartal 1976 nach der „Sommerpause“ erholt, stieg weiter mit einer Jahresrate von rd. 7 vH. Im weiteren Jahresverlauf 1977 werden sich die Auftriebskräfte durch eine Belebung der Investitionstätigkeit verstärken. Privater Verbrauch und Export bleiben tragende Komponenten der Aufwärtsentwicklung. Im Jahre 1977 wird das reale Sozialprodukt rd. $4\frac{1}{2}$ vH höher liegen als 1976 (Tabelle 1).

18. Da sich die Zunahme des privaten Konsums 1978 eher etwas abflachen wird – es fehlt der Impuls aus zusätzlich freiwerdenden Spargeldern, und die Rentenanpassung wird verschoben – und sich die Investitionstätigkeit nur im Baubereich noch ein wenig verstärkt, dürfte der Sozialproduktsanstieg im Verlauf des Jahres 1978 geringer werden. Im Vorjahrsvergleich wird das reale Sozialprodukt um etwa 4 vH höher liegen als 1977. Mit einem solchen Anstieg wäre die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung am Ende des Jahres 1978 noch immer rd. 4 vH niedriger als im Jahre 1973.

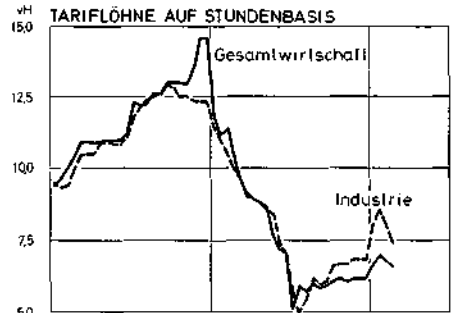
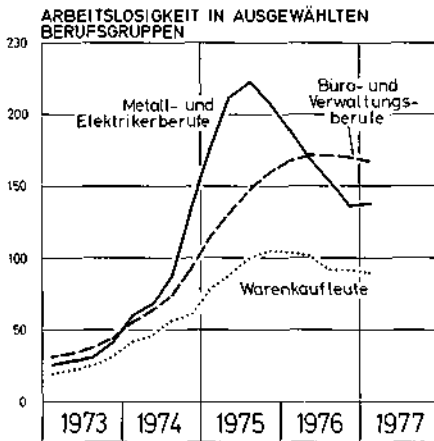
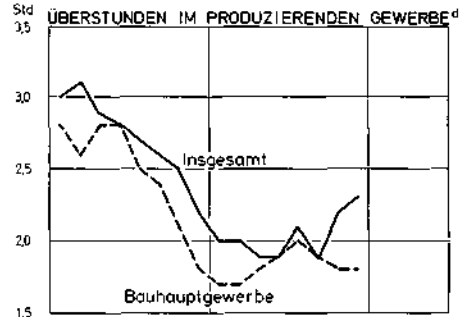
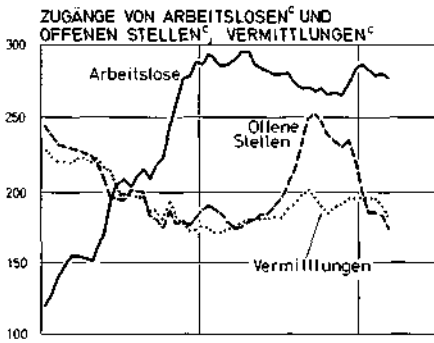
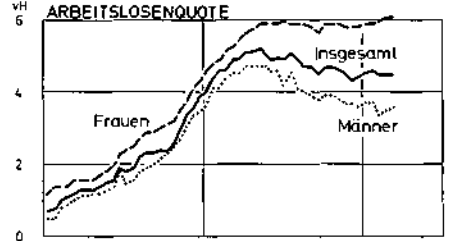
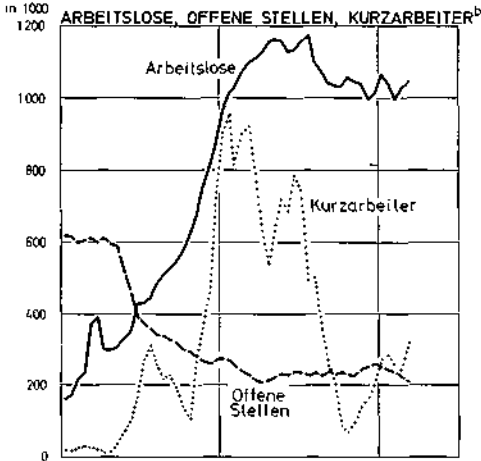
Besserung auf dem Arbeitsmarkt unterbrochen

19. Mit den Lohnabschlüssen im ersten Halbjahr 1977 in Höhe von 7 vH wurde kein Beitrag zum beschleunigten Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet. Es muß im Gegenteil damit gerechnet werden, daß die gestiegenen Lohnkosten in einigen Bereichen zu Verlusten von Arbeitsplätzen führen, sei es, daß infolge verschlechterter Gewinnsituation Unternehmen Konkurs gehen, sei es, daß durch vermehrte Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze „eingespart“ werden. Dies gilt sowohl für das Baugewerbe wie für einige Bereiche der Metallindustrie und für die Stahlindustrie.

20. Gerade an den Tarifabschlüssen in diesen Bereichen zeigte sich, daß die Bereitschaft der Gewerkschaften, über einen zurückhaltenden Lohnabschluß auf eine beschleunigte Beschäftigungserhöhung hinzuwirken, kaum gegeben ist. Zu sehr wird auf die Kaufkrafttheorie des Lohnes gebaut. Aber auch die Unternehmen sind kaum bereit, in der von ihnen als immer noch kritisch bezeichneten konjunkturellen Lage um niedrige Kostensteigerungen zu kämpfen.

Schaubild 3

ZUR LAGE AUF DEM ARBEITSMARKT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND^a



^a Saisonbereinigte Werte. - ^b Ursprungswerte. - ^c Im Laufe des Monats, geglättet. - ^d Mehrarbeitsstunden je Woche. - ^e Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

21. Saisonbereinigt hat sich die Minderung der Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter, die bis zum Spätsommer 1976 zu beobachten war, nicht mehr fortgesetzt (Schaubild 3). Im Frühjahr ergab sich sogar wieder ein leichter Anstieg. Die Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs wird im Sommer 1977 ebenso wie die zusätzlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu einer erneuten Besserungstendenz am Arbeitsmarkt führen. Freilich wird damit ein Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt unter 950 000 nicht mehr möglich sein. Auch ein erneutes Überschreiten der Millionengrenze zur Saisonspitze im Winter 1977/78 wird sich kaum vermeiden lassen. Angesichts der erwarteten gemäßigten Produktionsentwicklung im Jahre 1978 dürfte die Arbeitslosenzahl im Durchschnitt kaum unter 870 000 sinken.

Weiterhin gedämpfter Preisanstieg

22. Das Preisklima blieb auch nach der Jahreswende 1976/77 abgekühlt. Die nur zögernd expandierende Nachfrage und eine auf Stabilisierung ausgerichtete Geld- und Finanzpolitik hielten den Preisauftrieb selbst in den Bereichen in engen Grenzen, in denen sich der Kostendruck verstärkt hatte. Auch die vom Ausland ausgehenden Inflationsimpulse schwächten sich ab; teilweise kam es nach den spürbaren Preisanhebungen im Jahre 1976 auf den Weltrohstoffmärkten in jüngster Zeit sogar zu Preissenkungen.

23. Die inländischen Erzeugerpreise der Industrie stiegen insgesamt nur schwach (Schaubild 4). Anhaltenden Preisrückgängen im Grundstoffbereich – auch nach Abklingen des Preiseinbruchs für Eisen und Stahl – standen nur schwache Anhebungen für Investitionsgüter (laufende Jahresrate bei 2 vH) und etwas deutlichere für Verbrauchsgüter (laufende Jahresrate bei 4 vH) gegenüber. Bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen setzte sich der Preisrückgang nach der Jahreswende 1976/77 wegen des starken Preisverfalls bei pflanzlichen Produkten (Kartoffeln) fort.

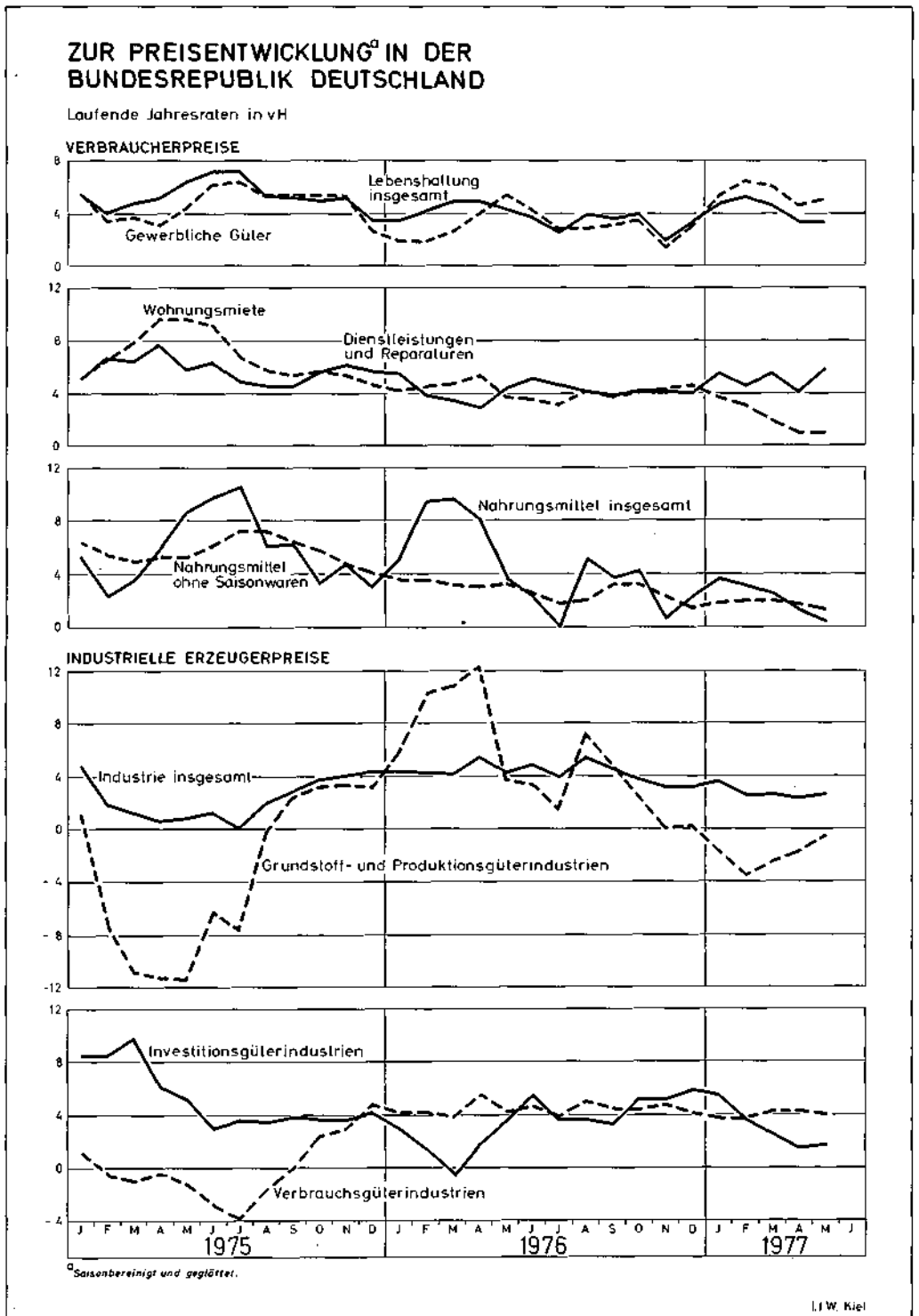
24. Auf der Verbraucherstufe lag der laufende Preisanstieg in den letzten Monaten, wenn man den Effekt der Steuererhöhungen für Tabak und Spirituosen eliminiert, unverändert bei einer Jahresrate von etwa $3\frac{1}{2}$ vH. Deutlich schwächer haben sich Wohnungsnutzung und Nahrungsmittel verteuert, während die Preise für Dienstleistungen überdurchschnittlich anzogen; hier konzentrieren sich die Preisanhebungen auf Gaststätten- und Versicherungsleistungen sowie auf Reisen.

25. Die Chancen für eine Fortsetzung des gedämpften Preisanstiegs sind gut. Die insgesamt nur mäßige Expansion der Nachfrage dürfte es den Anbietern generell erschweren, erhöhte Preise durchzusetzen, insbesondere da der Konkurrenzdruck aus dem Ausland anhalten wird. Eine im weiteren Jahresverlauf etwas lebhafter werdende Produktionstätigkeit könnte dazu beitragen, daß der Produktivitätsfortschritt größer und damit der Kostendruck geringer wird. Da es wahrscheinlich ist, daß der Kurs der Geld- und Finanzpolitik weiterhin am Ziel der Stabilisierung ausgerichtet bleibt, die Einengung des monetären Rahmens aber nur behutsam vollzogen wird, ist über die Jahreswende 1977/78 hinaus mit einem laufenden Preisanstieg im gegenwärtigen Tempo zu rechnen.

Abgeschwächte Geldmengenexpansion

26. Seit der Jahreswende 1976/77 hat sich die Ausweitung des Geldvolumens in allen Abgrenzungen deutlich abgeschwächt (Schaubild 5). Während die Abflachung bei der Zentralbankgeldmenge recht kräftig war – hier lag die Expansionsrate in den fünf Monaten bis Mai bei rd. 4 vH nach 13 vH in den fünf vorhergehenden Monaten –, verlief die

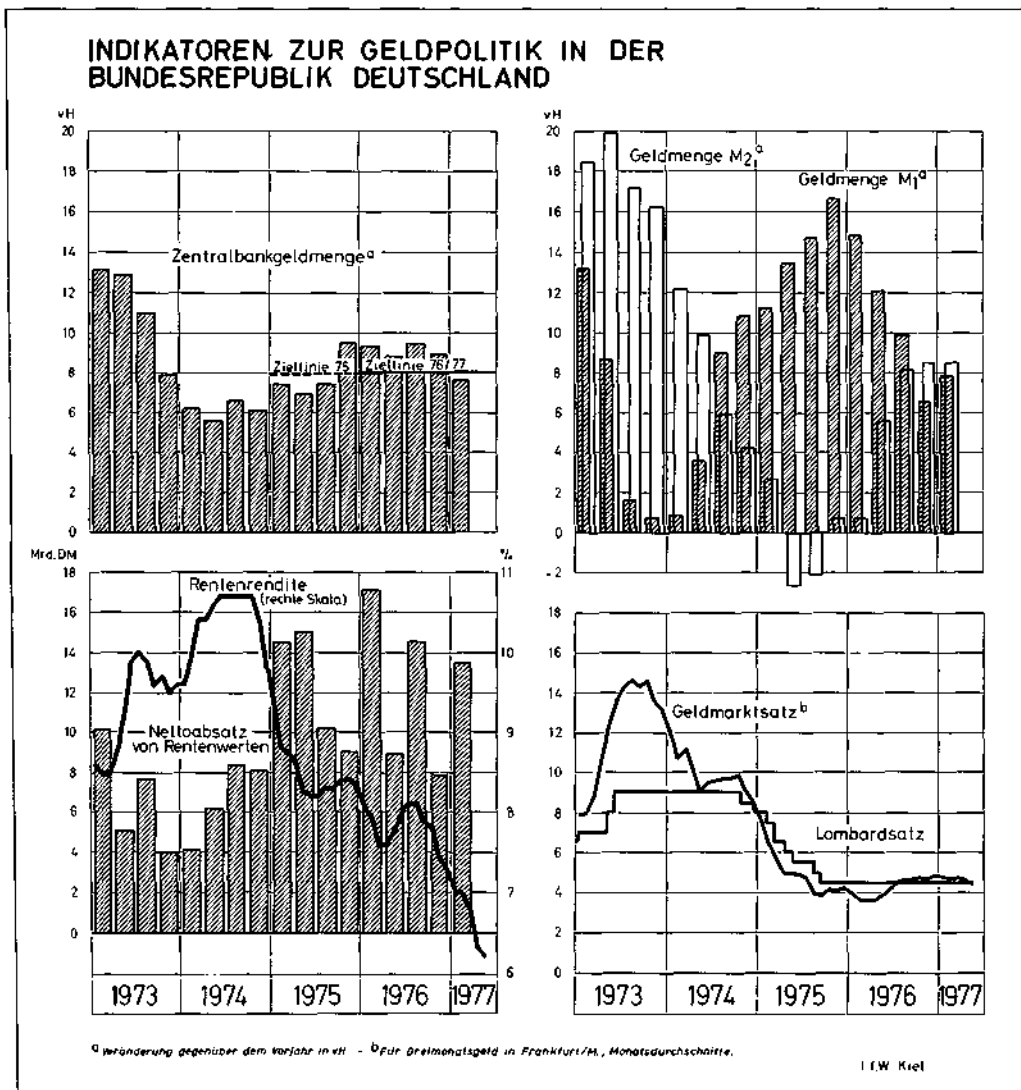
Schaubild 4



Entwicklung bei M_1 und M_2 erratisch; die durchschnittliche Expansionsrate liegt hier während der letzten Monate mit 5 vH bzw. 4 vH auf niedrigem Niveau. Zwar ging dieser Abschwächung eine Phase übermäßigen Wachstums der Geldbestände voraus; dennoch dürfte die monetäre Dezeleration, vor allem weil sie in diesem Ausmaß von der Bundesbank in ihrer Begründung für das 8-Prozent-Geldmengenziel für das Jahr 1977 praktisch ausgeschlossen war, nicht ohne Rückwirkungen auf Investitions- und Konsumklima geblieben sein.

27. Dem widerspricht auch nicht die Tatsache, daß im genannten Zeitraum die Zinsen vor allem an den Kapitalmärkten weiter, zum Teil sogar kräftig, gesunken sind. Darin kommen nämlich vor allem verminderte Inflationserwartungen und kaum das Angebotsverhalten der Geldbehörde zum Ausdruck. In der Tendenz zur längeren Laufzeit für Kreditangebote zeigt

Schaubild 5



sich, daß mit einer Reduzierung des Preisanstiegs gerechnet wird. Damit liegt der Realzins trotz der deutlichen Nominalzinssenkung noch immer recht hoch.

28. Die Geldpolitik hat mit ihren expansiven Maßnahmen vom März und Mai (Erhöhung der Rediskontkontingente; Senkung der Mindestreserve) Schritte in die richtige Richtung unternommen. Die Wirkungen der Maßnahmen blieben aus verschiedenen Gründen gering: Zum einen nahm die Öffentliche Hand mehr Kredit auf, als sie angesichts kräftig sprudelnder Steuerquellen benötigte; die Zentralbankkonten des Staates absorbierten also Teile der neu geschaffenen Liquidität. Zum andern zögern die Banken noch, die Verminderung der Habenzinsen ihren Kreditnehmern weiterzugeben. Zu attraktiv sind offensichtlich noch immer die Offenmarktkonditionen und - für die Privaten - die Bundesschatze.

29. Die Geldpolitik sollte möglichst bald die Unterschreitung des Geldmengenziels korrigieren. Der Finanzminister sollte ihr diese Aufgabe nicht weiter durch eine Kreditnachfrage auf Vorrat und zu Konditionen, die eher die Erwartung einer Beschleunigung als einer Verlangsamung des Preisanstiegs implizieren, erschweren. Falls die Senkung der Kreditzinsen angesichts des kartellartigen Verhaltens der Banken nur schleppend vorankommt, wäre ein Zinssignal durch eine Diskontsatzsenkung erwägenswert.

30. Anders als in den beiden letzten Jahren sollte sich die Bundesbank 1977 entschließen, ihre Vorstellung für das Geldmengenziel für das kommende Kalenderjahr frühzeitig bekanntzugeben. Nur so kann sie hoffen, die Planungen bei Regierung und Tarifpartnern in der gewünschten Weise zu beeinflussen.

31. Will die Bundesbank den Prozeß der Inflationsverminderung weiter voranbringen, muß die Rate der Geldmengenexpansion für 1978 unter der des Jahres 1977 liegen. Wegen der noch immer nicht ausreichenden Flexibilität beim Preis- und Lohnverhalten, die kurzfristig auch nicht entscheidend verändert werden kann, wäre bei einer starken Reduktion der Rate eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage nicht auszuschließen. Deshalb sollte die Marke von 7 vH nicht nennenswert unterschritten werden.

Nach forcierter Konsolidierung des Staatshaushalts: Vorrang für Wachstumsförderung

32. Die Gebietskörperschaften waren im Jahre 1976 einseitig um den Abbau der hohen Defizite bemüht. Durch eine restriktive, dem bestehenden Bedarf kaum adäquate Personalpolitik und durch eine beträchtliche Verminderung der Anlageinvestitionen wurde - bei gleichzeitig kräftig steigenden Steuereinnahmen - das Finanzierungsdefizit um 15 Mrd. DM auf 42 Mrd. DM reduziert.

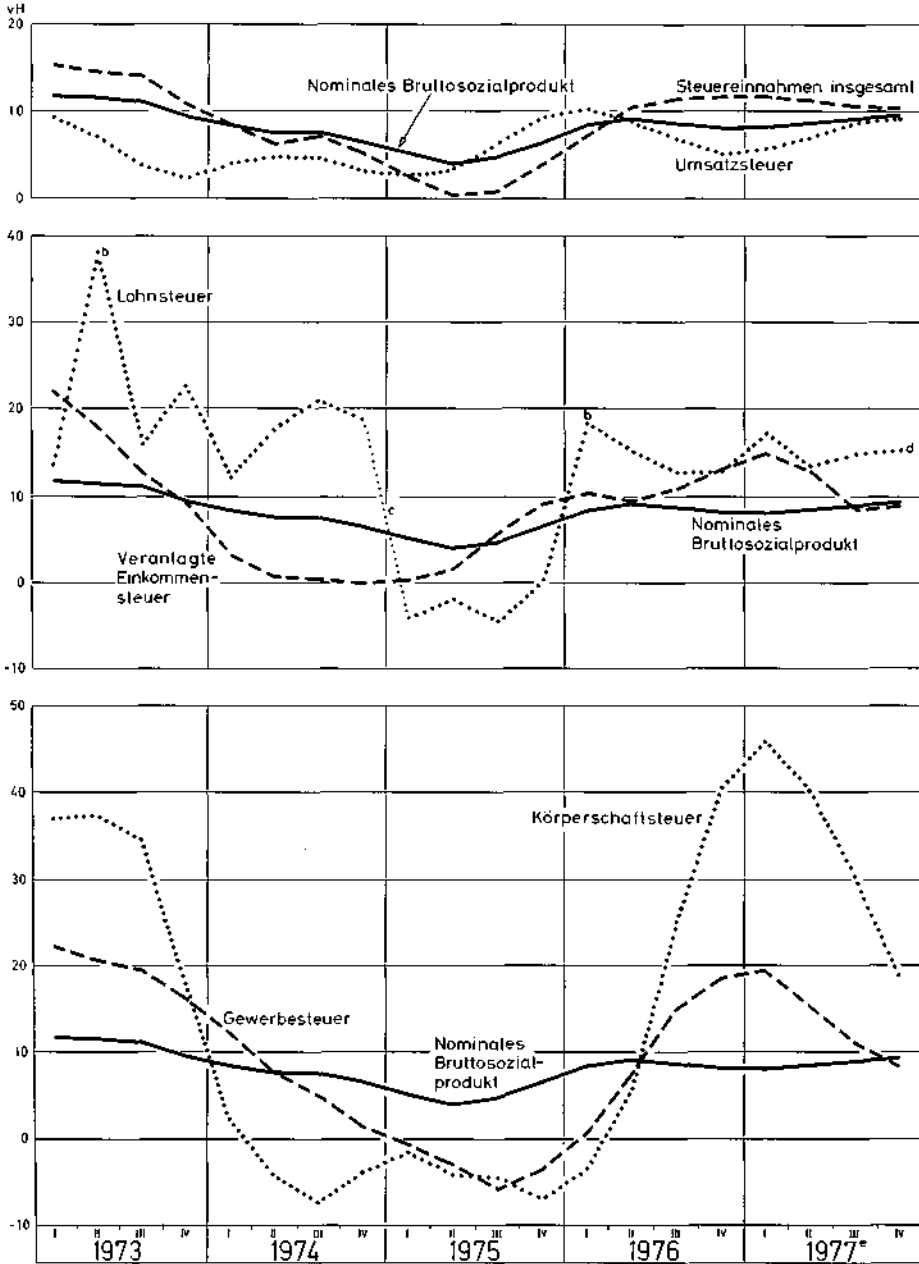
33. Für das laufende Jahr und auch für 1978 ist eine Fortsetzung der Konsolidierungspolitik zu erwarten. Der öffentliche Verbrauch dürfte real um jeweils 2 bis 3 vH und damit etwa potentialorientiert zunehmen. Die realen öffentlichen Investitionen werden dagegen zunächst weiter abnehmen. Im weiteren Verlauf des Jahres 1977 und verstärkt im Jahre 1978 wird es aber wohl zu einer Umkehrung dieser Entwicklung kommen, werden doch die Steuereinnahmen der Gemeinden - des wichtigsten öffentlichen Investors - weiterhin kräftig steigen; überdies ist mit einer zügigen Abwicklung des Programms für Zukunftsinvestitionen zu rechnen.

34. Das Steueraufkommen, das 1976 um 11 vH zugenommen hat, wird 1977 mit etwa der gleichen Rate steigen. Dazu werden vor allem die Steuern vom Einkommen beitragen (Schaubild 6). Das Finanzierungsdefizit dürfte 1977 um etwa 10 Mrd. DM abnehmen und

Schaubild 6

STEUERAUFKOMMEN UND BRUTTOSOZIALPRODUKT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr^a



^aGeglättet. - ^bExtremwert infolge von Sondererlässen. - ^cSteuerreform. - ^dNicht geglättet. - ^eAb 2. Quartal 1977 prognostizierte Werte.

L. W. Kiel

mit reichlich 30 Mrd. DM etwa halb so groß sein wie im Rezessionsjahr 1975. Für 1978 ist ein weiterer, freilich weniger starker Abbau der Defizite der Gebietskörperschaften zu erwarten.

35. Angesichts dieser Perspektiven sollte selbst auf die einprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer verzichtet werden. Die geplanten Steuererleichterungen sollten aber dennoch gewährt werden. Es ist sogar zu erwägen, ob durch eine stärkere Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer ein bedeutsamer Schritt in Richtung auf die – mittelfristig anzustrebende – Abschaffung dieser Steuer getan werden könnte.

Darüber hinaus sollte das Wachstum durch geeignete Maßnahmen gefördert werden. Einerseits wäre es wünschenswert, durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten Investitionen anzuregen; andererseits sollte – unter Inkaufnahme von kurzfristig geringeren Steuereinnahmen – der Einkommensteuertarif so umgestaltet werden, daß der Grenzsteuersatz durchgängig stetig steigt; damit sollte erreicht werden, daß z.B. eine berufliche Weiterbildung nicht durch extrem hohe Grenzsteuerbelastung oftmals völlig unattraktiv wird.

Sozialversicherung: Weitere Sanierungsmaßnahmen erforderlich

36. Die Ausgaben der Sozialversicherung nahmen 1976 erstmals seit Jahren um weniger als 10 vH zu, nachdem sie in den fünf Jahren davor im Durchschnitt um 16 vH gestiegen waren. Dazu hat – vor allem im zweiten Halbjahr 1976 – auch ein geringerer Anstieg der Sachleistungen der Sozialversicherung beigetragen; hier zeitigten die Bemühungen um eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen erste Erfolge. Da die Sozialversicherungsbeiträge um 13 vH zunahmen, entstand ein Überschuß von 0,5 Mrd. DM nach einem Finanzierungsdefizit von 2 Mrd. DM im Jahre 1975.

37. Für das Jahr 1977 ist eine weitere Verminderung des Anstiegs der Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu erwarten. Da bei konstanten Beitragssätzen die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung um etwa 9 vH zunehmen werden, bedeutet dies, daß die Verringerung der Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zu den Ausgaben für die Krankenversicherung der Rentner eine generelle Beitragssatzerhöhung wohl nicht rechtfertigen kann. Die Konkurrenz der privaten Krankenversicherungen dürfte dazu beitragen, daß es tatsächlich nur zu geringen Beitragsanhebungen kommt.

38. Das Finanzierungsdefizit der Rentenversicherungsträger wird 1977 erheblich ansteigen. Im Jahre 1978 wird zwar vor allem der Verzicht auf eine Anpassung der Bestandsrenten zur Jahresmitte zu einer Entlastung der Rentenversicherung um etwa 5 Mrd. DM führen; das Defizit wird aber dennoch – wie auch in den folgenden Jahren – beträchtlich sein. Weitere Sanierungsmaßnahmen sind daher dringend erforderlich.

39. Bei Beibehaltung des Prinzips der bruttolohnbezogenen Rente sollte aus verteilungspolitischen Gründen eine Besteuerung der Renten nicht nur mit ihrem Ertragsanteil eingeführt werden². Damit wären die Rentenbezieher, was ihre steuerliche Belastung anlangt, den Beziehern anderer Einkommen gleichgestellt. Erreicht wäre damit auch eine angemessene Belastung jener Personen, die gleichzeitig mehrere Renten beziehen. Eine Entlastung der gesetzlichen Rentenversicherung könnte dadurch sichergestellt werden, daß solche Leistungen der Rentenversicherung, die eine Umverteilung bedeuten (z.B. Kinderzuschüsse), über Zuschüsse des Bundes und damit von allen Steuerzahlern und nicht nur von den Versicher-

² Eine solche Regelung erfordert, soll das Einkommen nur einmal besteuert werden, daß bei der Einkommensbesteuerung die Möglichkeit zum Abzug der gesamten Rentenversicherungsbeiträge unabhängig von anderen Vorsorgeaufwendungen und ohne Begrenzung durch Höchstbeträge zugelassen wird.

ten finanziert würden. Entsprechende Regelungen lassen sich aber wohl – vor allem wegen der Belastung der Finanzverwaltung – nur mittelfristig realisieren. Um aber schon kurzfristig dem Ziel der Sanierung der gesetzlichen Rentenversicherung näherzukommen, wäre für eine Übergangszeit eine – unter Verteilungsaspekten weniger adäquate – Anpassung der Renten gemäß der Entwicklung der durchschnittlichen Nettolöhne einzuführen.

Lösung der Beschäftigungsprobleme erfordert Geldwertstabilisierung und verstärktes Wachstum

40. Angesichts der beharrlich hohen Arbeitslosigkeit wächst die Zahl der Vorschläge zur Lösung der Beschäftigungsprobleme: So wird z.B. gefordert, massive Expansionsprogramme einzuleiten, die bestehenden Arbeitsplätze auf mehr Arbeitskräfte zu verteilen, das Arbeitsangebot zu verringern und/oder einen großen Teil der Arbeitslosigkeit durch Beschäftigung im öffentlichen Bereich zu beseitigen.

Alle diese Vorschläge beseitigen nicht die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Sie tendieren im Gegenteil dazu, zumindest mittelfristig eine Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verursachen, denn ihre Realisierung ist verbunden mit verringerter beruflicher und regionaler Mobilität, verringertem Produktivitätsanstieg, geringeren Anreizen für strukturelle Anpassungsprozesse oder zunehmender Gefahr erneuter Inflationsbeschleunigung³; damit sind sie wachstumshemmend. Beschleunigtes Wachstum aber wird benötigt, um nachhaltig das Arbeitsplatzangebot zu erhöhen. Daher ist eine Strategie angezeigt, die sowohl eine schrittweise Reduktion der Inflationsraten fördert als auch die Wachstumsaussichten verbessert. Dazu bedarf es einer vorangekündigten, stetigen und stabilisierungsorientierten Finanz- und Geldpolitik und einer zurückhaltenden Lohnpolitik.

41. In der Zeit von 1971 bis 1975 ist es zu einem drastischen Anstieg der Lohnquote gekommen. Diese nicht den Knappheitsrelationen entsprechende Entwicklung der Einkommen gilt es zu korrigieren. Die Zurückhaltung der Lohnpolitik im Jahre 1976 hat nicht ausgereicht, um eine nachhaltige Besserung der Beschäftigungslage einzuleiten; die Lohnabschlüsse dieses Jahres führten nicht zu einer weiteren relativen Verbilligung des Produktionsfaktors Arbeit. Der Beschäftigungsstand kann aber nur dadurch nachhaltig erhöht werden, daß der Reallohnzuwachs geringer ist als der Produktivitätsfortschritt. Wird entgegen den Markterfordernissen versucht, über stärker steigende Reallöhne die Nachfrage zu erhöhen und so den privaten Verbrauch zu stimulieren – wie es häufig gefordert wird –, ist zu erwarten, daß die Unternehmen vermehrt Rationalisierungsinvestitionen vornehmen. Durch den Rückgang des Arbeitsvolumens und durch die Verringerung übertariflicher Leistungen steht der erhoffte Anstieg des verfügbaren Einkommens und damit des Konsums in Frage. Zudem ist eine Abnahme der Konsumneigung bei erneut verschärften Beschäftigungsproblemen nicht ausgeschlossen.

42. Eine zurückhaltende Lohnpolitik ist um so mehr erforderlich, als durch die Einführung technischer Neuerungen – wegen der lohnpolitischen Fehlentwicklung in der Vergangenheit zusätzlich beschleunigt – in erheblichem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt werden dürften⁴;

³ Vgl. dazu A. Ahnefeld, D. Gebert, J. Roth, J. Scheide, N. Walter, General Report – Spring 1977, Recent Economic Development and Outlook in Industrial Countries. Economic Policy Coordination. Kiel, April 1977. S. 57 ff.

⁴ Jedoch wird es – z.B. durch die Entwicklung der Mikroelektronik – nicht lediglich zu arbeitssparenden Prozeßinnovationen, sondern auch beschleunigt zu Produktinnovationen kommen, wodurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

deren erneute Beschäftigung – in anderen Bereichen als vorher – setzt voraus, daß es sich für die Unternehmen lohnt, das vergrößerte Arbeitsangebot aufzunehmen. Unterbleibt aber die relative Verbilligung der Arbeit, wird das Beschäftigungsproblem durch die neuerlichen Innovationsschübe erheblich verschärft.

43. Im Rahmen einer Politik, die auf weiteren Abbau der Inflationsraten und beschleunigtes Wachstum des Produktionspotentials ausgerichtet ist, besteht neben der notwendigen Änderung der Faktorpreisrelationen dennoch Bedarf für flankierende beschäftigungspolitische Aktivitäten, sind doch am Arbeitsmarkt eine Fülle von Rigiditäten zu beobachten, die nur unter hohen sozialen Spannungen beseitigt werden können. Sinnvoll erscheinen vor allem Maßnahmen, die die Mobilität der Arbeitskräfte fördern; unter diesem Aspekt ist es zu begrüßen, daß das Programm zur Förderung der Mobilität fortgeführt wird, auch wenn dabei zu einem Teil ohnehin geplante Entscheidungen subventioniert werden (Mitnahmeeffekte). Um überdies die Anpassungsbereitschaft der Arbeitslosen und der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitskräfte zu erhöhen, sollte das Arbeitslosengeld nach der Dauer der Arbeitslosigkeit gestaffelt werden⁵. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten auf den Personenkreis beschränkt bleiben, der trotz intensiven Bemühens nicht zu vermitteln ist. (z.B. Schwerbeschädigte, Dauerarbeitslose).

44. Ob die Realisierung der – im übrigen nicht kostenlosen – Vorschläge, die Nachfrage nach Arbeitsplätzen zu reduzieren, einen beschäftigungspolitischen Effekt hätte, ist sehr ungewiß: Die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres dürfte die Beschäftigungsprobleme von Haupt- und Sonderschülern nur verdecken, indem sie potentielle Arbeitslose in Wartestellung hält; hier könnten allenfalls eine stärker an den beruflichen Erfordernissen orientierte Weiterbildung und eine Förderung der Bildungsmotivation auf lange Sicht die Chancen verbessern. Die Pläne, Anreize zum Freiwilligen, zumindest zeitweiligen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verstärken („Babyjahr“, Senkung der flexiblen Altersgrenze), dürften nur zu erheblichen Kosten realisierbar sein. Dabei ist zweifelhaft, ob in dem Maße, in dem diese Anreize gewährt werden, auch Arbeitskräfte zusätzlich beschäftigt werden. Sollten solche Maßnahmen ergriffen werden, was unter sozialpolitischen Überlegungen prima facie durchaus wünschenswert erscheint, muß in Rechnung gestellt werden, daß dann für andere, arbeitsplatzschaffende, produktivitäts- und mobilitätsfördernde Maßnahmen auf der Ausgabenseite einerseits und für Steuersenkungen andererseits weniger Mittel zur Verfügung stehen.

45. Selbst wenn sich Zentralbank, Regierung und Tarifpartner optimal verhalten, ist nur mit einem langsamen Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Will man langfristige Wachstumsaussichten nicht gefährden, muß es Aufgabe insbesondere der Tarifpartner, der Regierung und der politischen Parteien sein, keine falschen Erwartungen zu wecken und nicht bei Ausbleiben schneller Erfolge Zuflucht in Scheinlösungen zu suchen. Sie vermindern zwar möglicherweise auf kurze Sicht die Arbeitslosigkeit etwas, sie untergraben aber die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit auf Dauer.

⁵ Vgl. dazu „Die Weltwirtschaft“, 1976, H. 2, S. 50.